



An alle Leverkusener Schulen
mit Schulsozialarbeitern nach dem BuT

Leverkusen, den 13. November 2013

Nachhaltige Konzeption für die Schulsozialarbeit in Leverkusen

Sehr geehrte Damen und Herren,

im Anhang möchten wir, das Bündnis von CDU, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und Die Unabhängigen, unseren aktuellen **Antrag für eine nachhaltige Konzeption für die Schulsozialarbeit in Leverkusen** zusenden. Wir hatten diesen Antrag der Presse am 8.11.13 vorgestellt und beschlossen ihn am 11.11.13 im Schulausschuss. So wollen wir ihn auch in der Ratssitzung am 9.12.2013 verbindlich verabschieden.

Da die Berichterstattung in den letzten Wochen zum Teil zu erheblicher Verunsicherung bei Schulen, Kindern und Jugendlichen und nicht zuletzt bei den Schulsozialarbeiterinnen und -arbeitern selbst geführt hat, ist es uns wichtig gewesen, die Historie und unsere Bemühungen in der Sache noch einmal in der Begründung des Antrages darzustellen.

Es war unser Bündnis, das durch vertrauensvolle Gespräche mit Ihnen als Schulleiterinnen und Schulleitern von der Möglichkeit erfahren hat, Schulsozialarbeiter entsprechend der Vorgabe des Bundes über das Bildungs- und Teilhabe-Paket befristet einzustellen. Dank dieses erfolgreichen Antrags konnten wir schon wenige Wochen später im Herbst 2011 die ersten Schulsozialarbeiterinnen und -arbeiter an unseren Schulen begrüßen.

Wir begleiteten das Thema von Anfang an und wiesen Anfang 2013 rechtzeitig noch einmal auf die drohende Befristung Ende dieses Jahres hin.

Das Land NRW hat sich bis heute lediglich positiv über die Schulsozialarbeit geäußert, nicht jedoch eine eigene (auch finanzielle!) Verantwortung eingeräumt.

Andere Bundesländer haben sich um dieses Thema schon vor etlicher Zeit gekümmert, Bayern beispielsweise verfolgt seit über zehn Jahren ein eigenes Programm Schulsozialarbeit, indem das Land, die Kommunen und die Freien Träger eng zusammenarbeiten.

Genauso stellen wir uns das für NRW und damit für unser Leverkusen vor. Wenn sich alle Ebenen, die für Schule, Kinder und Jugend zuständig sind, auf eine gemeinsame Finanzierung dieser so wichtigen Arbeit einigen, kann Schulsozialarbeit endlich fester Be-

standteil des Schulsystems werden. Ein solch notwendiges und erfolgreiches Projekt kann und darf nicht zeitlich begrenzt sein.

Insofern übernehmen wir kommunale Verantwortung.

Wir wollen aber gleichzeitig das Land NRW und den Bund nicht von der eigenen Verantwortung freistellen.

Dazu ist es dringend notwendig, dass die Schulen weiterhin ihrem Wunsch nach Fortführung der Schulsozialarbeit öffentlich energisch Ausdruck verleihen – wie es zum Beispiel die Realschule Am Stadtpark und einige andere gemacht haben. Bitte lassen Sie in Ihrem Engagement nicht nach. Wir tun es auch nicht, denn die Notwendigkeit der Schulsozialarbeit ist uns sehr bewusst!

In unserem Antrag zeigen wir auf, wie die zurzeit vorhandenen Stellen beibehalten werden können: sowohl bis zum Schuljahresende 2013/14 als auch darüber hinaus bis zum 31.12.2014. Diese Finanzierung ist gesichert.

Das von uns geforderte Konzept „Kommunale Verantwortung – 10 Schulsozialarbeiter für 2015“ soll von der Verwaltung ab Januar 2014 entwickelt werden.

Wir wollen damit sicherstellen, dass mit dieser gewissenhaften Vorbereitung – auch unter Beteiligung der Freien Träger – inhaltlich wie finanziell die Schulsozialarbeit in unserer Stadt dauerhaft auf gesunden Füßen steht.

Wir wollen eine nachhaltige Konzeption, die Ihnen allen Planungssicherheit gewährt und das erarbeitete Vertrauensverhältnis aller Beteiligten erhält und weiter ausbaut. Schulsozialarbeit ist für uns keine freiwillige Leistung, die ein „i-Tüpfelchen“ darstellt, sondern essentieller Bestandteil für Leverkusen als erfolgreichen Bildungsstandort mit Chancengerechtigkeit und bestmöglicher Betreuung für unsere jungen Menschen.

Sollten Sie Fragen oder Anregungen haben, zögern Sie nicht, uns in den Geschäftsstellen der Fraktionen zu erreichen.

Wir würden uns sehr freuen, wenn Sie dieses Schreiben zusammen mit unserem Antrag in ihrer Schulgemeinde bekannt machen.

Mit vielen Grüßen

i. A. Ina Tannenberger

Die schul- und jugendpolitischen Sprecher des Jamaika-Plus-Bündnisses

Bernhard Marewski, Rudolf Müller

Dirk Trapphagen, Stefan Baake

Dr. Monika Ballin-Meyer-Ahrens, Agnes Pötz

Sabine Ingber, Hermann-Josef Sengfelder

CDU

Bündnis 90/Die Grünen

FDP

Die Unabhängigen

Anlage: Antrag „Nachhaltiges Konzept Schulsozialarbeit Leverkusen“